



Landesärztekammer Hessen • Landeszahnärztekammer Hessen
Kassenärztliche Vereinigung Hessen • Kassenzahnärztliche Vereinigung Hessen • Landesapothekerkammer Hessen •
Landeskammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten Hessen
• Landestierärztekammer Hessen

Gemeinsame Pressemitteilung

„Die Länder müssen ihre Verantwortung für Flüchtlinge ernst nehmen“

Das Bündnis heilen & helfen fordert Verbesserung der Unterbringung und der Auswahl des Betreuungspersonals

Frankfurt, 06. Oktober 2014. Die Bilder misshandelter Flüchtlinge in deutschen Sammelunterkünften machen fassungslos. „Dass Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, auf hasserfüllte Gewalt stoßen, ist abscheulich und in keiner Weise hinnehmbar“, sagt der hessische Ärztekammerpräsident Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach. Das Bündnis heilen & helfen, in dem sich die Landesärztekammer, die Landeszahnärztekammer, die Kassenzahnärztliche Vereinigung, die Landesapothekerkammer, die Kammer für Psychologische- und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und die Landestierärztekammer in Hessen zusammengeschlossen haben, sieht in den Vorkommnissen jegliche Grenze menschlichen Miteinanders überschritten.

„Wir sind alle zu lautstarkem Protest aufgerufen, wenn den Schwachen in unserer Gesellschaft – und zu ihnen zählen schutzbedürftige Flüchtlinge – Unrecht angetan wird. Worauf es ankommt, ist Solidarität und der selbstverständliche Respekt für alle Menschen gleich welcher Staatsangehörigkeit und Religion“, sagt von Knoblauch zu Hatzbach.

Allerdings müssten Bund und Länder in die Pflicht genommen werden, um Ereignisse wie die in Nordrhein-Westfalen zu verhindern, fordert das Bündnis heilen & helfen. Grundlage sei die menschenwürdige Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften und die Auswahl geeigneten Betreuungspersonals – sowohl in Hessen als auch in allen anderen Bundesländern. „Im Umgang mit Flüchtlingen verschiedener Nationen, die häufig unter traumatischen Erfahrungen leiden, sind interkulturelles Verständnis und Sensibilität notwendig. Wer dagegen preiswerte, private Sicherheitsfirmen engagiert, ohne sich um die fachliche Qualifikationen der Angestellten zu kümmern, darf sich über die Folgen nicht wundern“, unterstreicht von Knoblauch zu Hatzbach. „Die Länder müssen ihre Verantwortung für Flüchtlinge ernst nehmen.“

Kontakt:

Stellvertretend für die beteiligten heilberuflichen Körperschaften
Katja Möhrle, Pressestelle der Landesärztekammer Hessen
Tel.: 069 97 67 2 - 188
Fax: 069 97 67 2 - 224
Katja.Moehrle@laekh.de